

11

Politische und gesellschaftliche Partizipation

Auszug aus dem
Datenreport 2021





Politische und gesellschaftliche Partizipation

11.1 Politische Integration und politisches Engagement

Bernhard Weßels
Wissenschaftszentrum Berlin
für Sozialforschung (WZB)

WZB/SOEP

In einer sich immer stärker sozial und kulturell differenzierenden Gesellschaft wie der der Bundesrepublik Deutschland ist die Frage der politischen Integration und der sozialen Teilhabe von zentraler Bedeutung für den Zusammenhalt und Erhalt der Demokratie. Demokratie bedeutet die Möglichkeit der gleichen Teilhabe an den politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen. Durch gleiche Wahlen bestimmen die Bürgerinnen und Bürger ihre politischen Repräsentanten, durch politische Beteiligung können sie Einfluss auf die Politik nehmen. Unter politischer Integration versteht man den Prozess, in dessen Verlauf sich die Bürgerinnen und Bürger durch ihre eigene politische Beteiligung in die politische Willensbildung einbringen und dadurch sowohl die demokratischen »Spielregeln« anerkennen als auch Loyalitätsbeziehungen gegenüber den politischen Institutionen und Akteuren entwickeln. Demokratie braucht Beteiligung, und Beteiligung ohne zivilgesellschaftliche Akteure ist kaum denkbar. Wie viel Beteiligung nötig ist, bleibt eine offene Frage. Die Unterschiede bei politischer Beteiligung und der Stärke der Zivilgesellschaft zwischen den demokratischen Gesellschaften zeigen, dass es keine eindeutige empirische Messlatte dafür gibt. Wenn eine Gesellschaft hinter ein

bereits erreichtes Ausmaß an politischer Integration und Partizipation zurückfällt, kann dies jedoch als ein Warnsignal für die Demokratie gedeutet werden. Ebenso können große soziale und regionale Unterschiede in der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der Politik darauf verweisen, dass eine gleichmäßige Integration in die Politik nicht gelingt. Treten soziale Disparitäten in der Beteiligung auf, ist ein Grundprinzip der Demokratie, das der politischen Gleichheit, verletzt.

Die Debatten über die »Mitgliederkrise« von Großorganisationen wie Parteien und Gewerkschaften, über Politik- und Parteienverdrossenheit sowie über sozial bedingte politische Ungleichheit legen es nahe, danach zu fragen, ob sich die Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik heute weniger politisch beteiligen als früher und ob sich Unterschiede zwischen sozialen, demografischen oder regionalen Gruppen ergeben. Sozial induzierte Ungleichheit in der politischen Teilhabe ist in den vergangenen Jahren zunehmend in der Diskussion. In demografischer Hinsicht ist insbesondere der Blick auf jüngere Altersgruppen und ihr »Hineinwachsen« in die Demokratie von Interesse. Zudem stellt sich selbst fast drei Jahrzehnte nach der deutschen Vereinigung die Frage, ob die Bürgerinnen und Bürger in den neuen Bundesländern

in vergleichbarer Weise politisch integriert sind und einen ähnlich starken Zugang zum politischen Willensbildungsprozess finden wie die der alten Bundesländer.

11.1.1 Politisches Interesse und politische Partizipation

Das Interesse der Bürgerinnen und Bürger an Politik ist ein wichtiger Gradmesser dafür, inwieweit sie das politische Geschehen registrieren und an ihm teilnehmen, das heißt, ob Politik für die Bürgerinnen und Bürger wichtig genug ist, um sich darüber zu informieren und sich gegebenenfalls dafür zu engagieren. Das politische Interesse wird durch die Frage »Wie stark interessieren Sie sich für Politik: sehr stark, stark, mittel, wenig oder überhaupt nicht?« bereits seit 1969 in repräsentativen Bevölkerungsumfragen erfasst.

In den vergangenen Jahrzehnten hat sich der Anteil derjenigen, die sich stark oder sogar sehr stark für Politik interessieren, beständig und sehr dynamisch

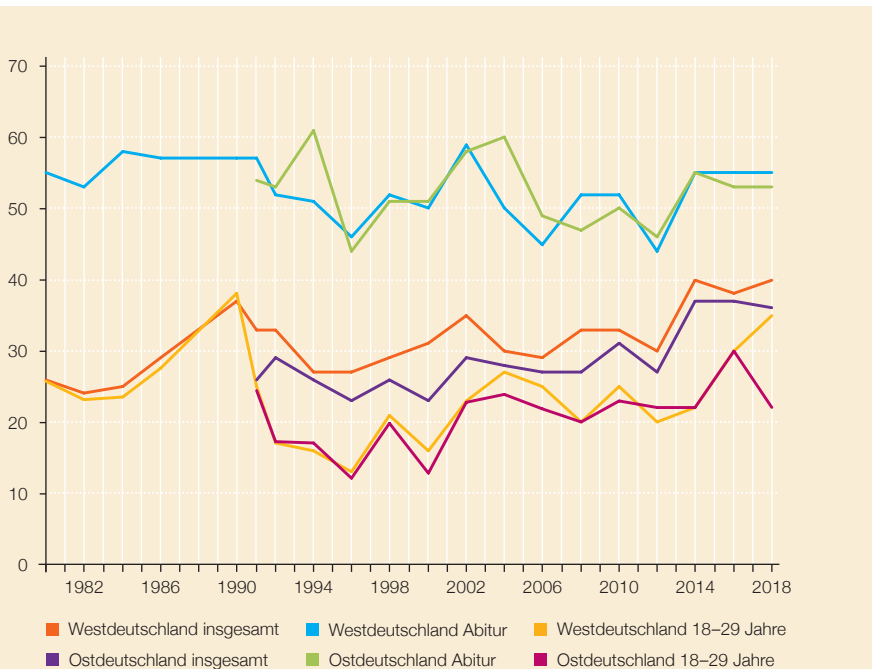
verändert. Zum Zeitpunkt der deutschen Vereinigung 1990 war er in den alten Bundesländern am höchsten und sank dann wieder ab. Allerdings lag das Niveau weiterhin höher als Anfang der 1980er-Jahre. Das politische Interesse stieg in den vergangenen Jahren insgesamt wieder deutlich, sodass es 2014 den Stand von 1990 erstmals wieder übertraf und mit leichten Schwankungen auch bis 2018 auf diesem Niveau blieb. Das politische Interesse war in den alten Bundesländern 2018 leicht höher als zu seinem Höhepunkt 1990. Der langfristige Vergleich zeigt, dass heute mehr Bürgerinnen und Bürger am politischen Geschehen interessiert sind als noch Ende der 1960er-Jahre. So waren 1969 lediglich 18 % stark oder sehr stark an Politik interessiert. In Ostdeutschland waren die Bürgerinnen und Bürger bis etwa 2010 etwas weniger politisch interessiert als in Westdeutschland. Seit 2010 ist dieser Unterschied sehr klein. ▶ Abb 1

Deutliche Unterschiede beim Interesse an der Politik zeigen sich zwischen jüngeren und älteren Bürgerinnen und Bürgern. Die 18- bis 29-jährigen West- und Ostdeutschen sind deutlich seltener politisch interessiert als der Durchschnitt der Bürgerinnen und Bürger. Dieser Unterschied entstand nach 1990. Davor interessierten sich Jüngere nur geringfügig weniger für Politik. Im Durchschnitt der Jahre 1990 bis 2018 lag der Anteil der 18- bis 29-Jährigen, die sich für Politik interessierten, in den alten Bundesländern 10 Prozentpunkte und in den neuen Bundesländern 8 Prozentpunkte unter dem jeweiligen Bevölkerungsdurchschnitt. In den vergangenen Jahren ist der Unterschied in den alten Bundesländern etwas kleiner geworden, blieb aber 2018 mit 5 Prozentpunkten immer noch deutlich sichtbar.

Noch größer als die Differenz zwischen jüngerer Bevölkerung und Bevölkerungsdurchschnitt ist jene zwischen Personen mit Abitur und dem Bevölkerungsdurchschnitt. Unter den Bürgerinnen und Bürgern mit Abitur lag der Anteil derjenigen, die sich stark oder sehr stark für Politik interessierten, 2018 in den alten Bundesländern bei 55 % und in den neuen Bundesländern bei 53 %. Damit lagen Personen mit Abitur im Westen wie im Osten etwas mehr als 15 Prozentpunkte über dem Bevölkerungsdurchschnitt. Das politische Interesse ist also deutlich durch Alters- und Bildungsunterschiede geprägt, wohingegen regionale Unterschiede zwischen den neuen und alten Bundesländern kaum festzustellen sind. Zugleich schwankten die Unterschiede im politischen Interesse zwischen der Gesamtbevölkerung und Bürgerinnen und Bürgern mit Abitur im Zeitverlauf. Die Differenz lag im Schnitt bei etwa 20 Prozentpunkten. Ein Trend lässt sich dabei aber nicht feststellen. Eine Zu- oder Abnahme bildungsbedingter Unterschiede im politischen Interesse ist seit der ersten Allgemeinen Bevölkerungsumfrage in den Sozialwissenschaften (ALLBUS) 1980 also nicht festzustellen.

Politisches Interesse ist sicherlich förderlich für politische Beteiligung. Das

▶ Abb 1 Politisches Interesse in der Bundesrepublik 1980–2018 — in Prozent



Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit, bei Haushaltsstichproben transformationsgewichtet. Datenbasis: ALLBUS 1980–2018

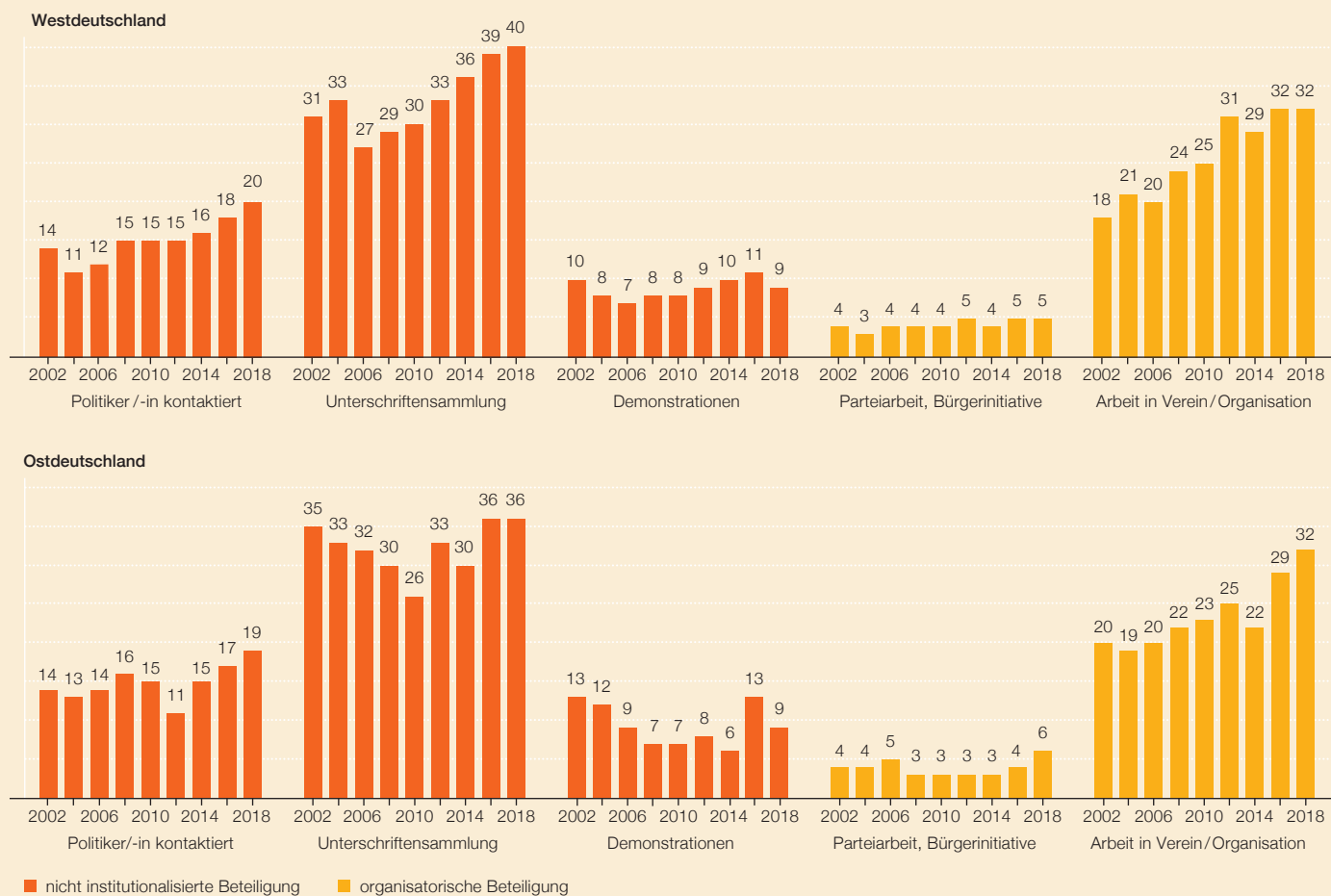
Repertoire der Beteiligungsformen hat sich über klassische institutionalisierte Formen wie Wahlen hinaus in den vergangenen Jahrzehnten stark ausgeweitet. Neben organisatorischen Formen der Beteiligung wie der Mitarbeit in Parteien, Bürgerinitiativen, Vereinen und Organisationen nutzen Bürgerinnen und Bürger vermehrt Formen nicht institutionalisierter politischer Beteiligung wie die Kontaktaufnahme zu Politikerinnen und Politikern, Unterschriftensammlungen und Demonstrationen, um ihren Interessen Ausdruck zu verleihen. Diese Arten politischer Aktivität haben in Deutschland seit Ende der 1950er-Jahre kontinuierlich zugenommen. In die-

sem Zusammenhang wurde von einer »partizipatorischen Revolution« gesprochen, mit der sich nicht nur in Deutschland, sondern in allen modernen Demokratien nicht institutionalisierte Formen der politischen Beteiligung etablierten.

Die Anteile derjenigen, die angaben, an den beiden häufigsten Formen nicht institutionalisierter Beteiligung – Unterschriftensammlungen und Demonstrationen – mitgewirkt zu haben, waren in den 1990er-Jahren recht stabil. Seit der Jahrtausendwende zeigt sich in den alten wie den neuen Bundesländern eine mehr oder minder als Trend verlaufende Zunahme von Kontakten zu Politikerinnen und

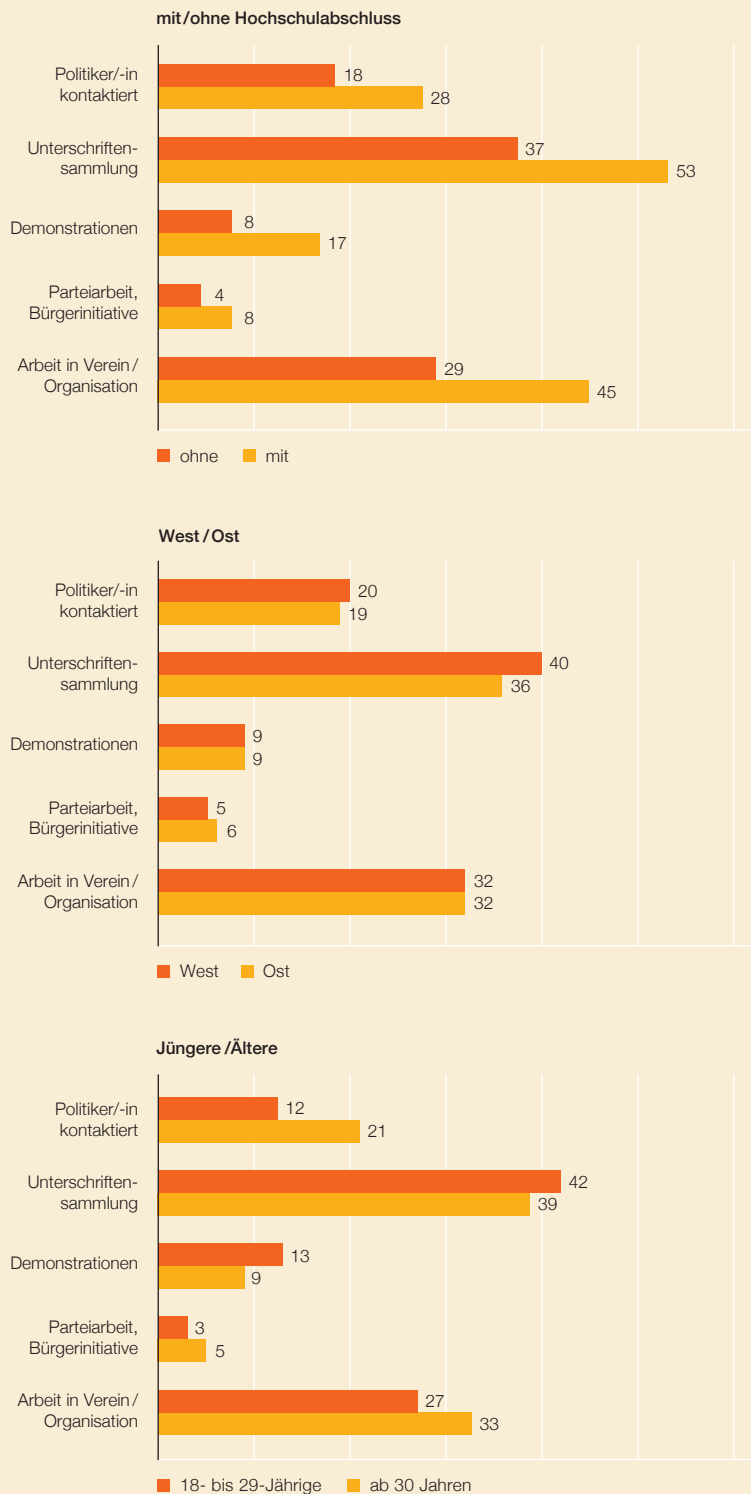
Politikern, sowie, noch deutlicher, der Mitarbeit in einer Organisation oder einem Verein. In den alten Bundesländern verzeichnete auch die Beteiligung an Unterschriftensammlungen einen klaren Trend nach oben. Bei Politikerkontakten (2018 etwa 20%) und der Mitarbeit in Organisationen oder Vereinen (2018 etwa 32%) gab es keine Unterschiede zwischen den alten und den neuen Bundesländern. Auch bei den anderen Formen der Beteiligung wie die Beteiligung an Unterschriftensammlungen, Demonstrationen oder Parteien beziehungsweise Bürgerinitiativen waren die Unterschiede eher marginal und weisen kein systematisches Muster auf. ▶ Abb 2

▶ Abb 2 Nicht institutionalisierte und organisatorische Formen der Beteiligung 2002–2018 — in Prozent



Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit.
Datenbasis: European Social Survey 1–9 (2002–2018)

► **Abb 3 Nicht institutionalisierte und organisatorische Formen der Beteiligung nach Bildung, Region und Alter 2018 – in Prozent**



Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit.
Datenbasis: European Social Survey 9, 2018

Etwa eine beziehungsweise einer von fünf Bürgerinnen und Bürgern hatte 2018 in den vergangenen zwölf Monaten eine Politikerin oder einen Politiker kontaktiert. Mehr als jede/jeder Dritte hatte sich an einer Unterschriftensammlung beteiligt und etwa jede/jeder Zehnte an einer Demonstration. Bei den institutionalisierten Beteiligungsformen wie der Mitarbeit in Parteien und Bürgerinitiativen lagen die Anteile bei etwa 5 %.

Werden die Werte zwischen Ost und West, zwischen Menschen mit und ohne Hochschulabschluss sowie zwischen Jüngeren und Älteren 2018 verglichen, waren die regionalen Unterschiede am geringsten und nahezu vernachlässigbar. Die politische Integration und Teilhabe waren in den neuen und alten Bundesländern gleich hoch ausgeprägt. Dasselbe lässt sich allerdings nicht für die Unterschiede zwischen Bildungsgruppen sagen. Hier zeigt sich bei allen Formen der Beteiligung eine sehr viel stärkere Beteiligung von Menschen mit Hochschulabschluss. Der Unterschied zwischen den Bildungsgruppen lag 2018 bei der Arbeit in Vereinen und Organisationen sowie bei der Beteiligung an Unterschriftensammlungen bei 16 Prozentpunkten, bei der Kontaktaufnahme mit Politikerinnen und Politikern waren es 10 Prozentpunkte, bei Demonstrationsteilnahmen 9 Prozentpunkte und bei der Mitarbeit in Parteien oder Bürgerinitiativen lagen Bürger und Bürgerinnen mit einem Hochschulabschluss 4 Prozentpunkte vorn. ► **Abb 3**

Der Vergleich zwischen jüngeren Bürgerinnen und Bürgern im Alter von 18 bis 29 Jahren und Älteren ab 30 Jahren zeigt, dass es über die verschiedenen Formen der Beteiligung hinweg keinen allgemeinen Unterschied zwischen den beiden Gruppen gab. Es waren nicht immer die Jüngeren, die sich stärker beteiligten, vielmehr kam es auf die Art der Beteiligung an. Demonstrationen als Mittel der Beteiligung wurden 2018 in den letzten zwölf Monaten von 13 % der Jüngeren genutzt, aber nur von 9 % der Älteren und auch bei der Unterschriftensammlung war die Beteiligung der Jüngeren leicht

höher. Bei anderen Beteiligungsformen waren Personen in einem Alter von 30 Jahren und älter stärker aktiv als die Jüngeren. Sie nahmen fast doppelt so häufig Kontakt zu Politikerinnen und Politikern auf und waren auch deutlich häufiger in Parteien und Bürgerinitiativen sowie in Organisationen und Vereinen aktiv. Was die Ausgeglichenheit der politischen Integration und politischen Teilhabe angeht, ergibt sich damit insgesamt ein gemischtes Bild. Die großen Unterschiede zwischen Ost und West sind verschwunden, auch die Unterschiede zwischen Jüngeren und Älteren verweisen nicht auf Defizite politischer Integration. Anders zu beurteilen ist das Gefälle in der Beteiligung von Menschen mit und ohne Hochschulbildung. Hier zeigen sich über alle Beteiligungsformen hinweg systematische Unterschiede, die als sozial induzierte politische Ungleichheit zu bewerten sind.

11.1.2 Bindung an Interessengruppen und politische Parteien

Die Mitgliedschaft in Interessengruppen und politischen Parteien ist ein weiterer Indikator für die Integration der Bürgerinnen und Bürger in den politischen Prozess. Diese Organisationen sind häufig durch gesellschaftliche Selbstorganisation entstanden und dienen dem Zweck der Vertretung gemeinsamer politischer, wirtschaftlicher, sozialer oder kultureller Interessen. Interessengruppen setzen sich auf verschiedene Weise für die Anliegen ihrer Mitglieder ein, zum Beispiel durch das Einwirken auf Parteien, Parlamente, Regierungen und Behörden oder die Öffentlichkeit im Allgemeinen. Politische Parteien sind unmittelbare Akteure des Regierungssystems. Da die Mitgliedschaft freiwillig ist, ist der Grad, zu dem Bürgerinnen und Bürger sich in Interessengruppen und politischen Parteien organisieren, ein zentrales Merkmal der politischen Integration. Anders als die Wahlbeteiligung oder Formen nicht institutionalisierter Beteiligung, die für die Einzelne beziehungsweise den Einzelnen singuläre Ereignisse bleiben können, zeichnen sich Mitgliedschaften in Inter-

essengruppen und politischen Parteien dadurch aus, dass sie in der Regel langfristig sind. Verliert die Mitgliedschaft in Interessengruppen und politischen Parteien für die Einzelne beziehungsweise den Einzelnen an Attraktivität, so ist dies zunächst ein Warnsignal für die jeweilige Organisation. Nehmen die Mitgliedschaften jedoch in großem Umfang über viele Organisationen hinweg ab, weist dies darüber hinaus auch auf generelle Probleme der Interessenvermittlung in einem politischen Gemeinwesen hin.

Im internationalen Vergleich zeichnet sich Westdeutschland durch einen recht hohen Organisationsgrad aus. In Westeuropa sind nur die Bürgerinnen und Bürger der Niederlande und der skandinavischen Länder stärker organisiert. Jüngere Daten für 2010, 2014 und 2018 sind aufgrund unterschiedlicher Erhebungsverfahren nicht mit früheren Daten vergleichbar und erlauben daher keine Schlussfolgerungen über die langfristige Mitgliederentwicklung. Es gibt aber Hinweise, die vermuten lassen, dass die Mitgliedschaft in Interessengruppen weiter zurückgegangen ist. Der Anteil nicht aktiver Mitgliedschaften lag 2014 und 2018 deutlich niedriger als 2010. ▶ Tab 1

Regionale Unterschiede zwischen Ost und West bezüglich der Teilnahme in Freizeitorganisationen und Vereinen waren relativ konstant – in Westdeutschland lag der Mitgliedschaftsanteil zwischen 8 und 11 Prozentpunkten höher, und zwar sowohl bei den bloßen wie den aktiven Mitgliedschaften. Bezogen auf die Mitgliedschaft in Interessengruppen ist der Abstand zwischen Ost und West von 2010 auf 2014 und 2018 größer geworden. Im Altersvergleich wichen die Jüngeren hinsichtlich ihrer Mitgliedschaftsanteile in Organisationen ohne Gewerkschaften und politische Parteien kaum vom Durchschnitt der Bürgerinnen und Bürger ab. Jedoch lassen sich nach Bildungsabschluss deutliche Differenzen beobachten. Hier ergaben sich deutlich höhere Anteile für Akademikerinnen und Akademiker als für den Bevölkerungsdurchschnitt. Auch bezogen

auf Organisationsmitgliedschaften verteilte sich die Teilhabe also ungleich zugunsten der Bessergebildeten.

Die langfristige Entwicklung der Mitgliedschaften der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland lässt sich aufgrund veränderter Frageformate in den ALLBUS-Studien zwar nicht über alle Organisationsbereiche hinweg beurteilen. Allerdings ist eine solche Beurteilung hinsichtlich der Gewerkschaftsmitgliedschaften möglich. Der massive Rückgang von Gewerkschaftsmitgliedern in den neuen Bundesländern in den Jahren 1992 bis 1998 schwächte sich zwar im Anschluss deutlich ab, setzte sich aber bis etwa 2008 fort. Seitdem scheint sich der gewerkschaftliche Organisationsgrad der erwachsenen Bevölkerung mit leichten Schwankungen auf gleichem Niveau zu halten. Die Anfang der 1990er-Jahre noch stark ausgeprägten Unterschiede zwischen Ost und West im durchschnittlichen Organisationsgrad sind fast verschwunden. Auch die große Kluft zwischen der jüngeren Bevölkerung der 18- bis 29-Jährigen und dem Durchschnitt der Bevölkerung, der in Westdeutschland besonders deutlich 2004 und in Ostdeutschland besonders 2008 zu beobachten war, hat sich verringert. Bildungsunterschiede im gewerkschaftlichen Organisationsgrad fielen – anders als bei politischem Interesse, politischer Beteiligung und anderen Mitgliedschaften – leicht zugunsten von Bürgerinnen und Bürgern ohne Hochschulabschluss aus. Akademikerinnen und Akademiker waren 2018 lediglich zu knapp 10 % gewerkschaftlich organisiert und lagen damit nur knapp unter dem Durchschnitt. Bei den Gewerkschaftsmitgliedschaften zeigen sich damit zwar keine deutlichen regionalen, sozialen oder demografischen Ungleichheiten mehr. Die Integrationskraft hat aber dennoch nachgelassen, insbesondere, wenn die ostdeutsche Entwicklung betrachtet wird. ▶ Abb 4

Die Mitgliedschaft in politischen Parteien verzeichnete sogar eine noch dramatischere Entwicklung. Die starken Mitgliederrückgänge bei den Gewerkschaften seit der Vereinigung fielen im

► Tab 1 Mitgliedschaft in Organisationen 2010, 2014 und 2018 – in Prozent

	Deutschland insgesamt						Westdeutschland						Ostdeutschland					
	nur Mitglied ¹			aktives Mitglied/ Ehrenamt ¹			nur Mitglied ¹			aktives Mitglied/ Ehrenamt ¹			nur Mitglied ¹			aktives Mitglied/ Ehrenamt ¹		
	2010	2014	2018	2010	2014	2018	2010	2014	2018	2010	2014	2018	2010	2014	2018	2010	2014	2018
Arbeit und Wirtschaft²																		
Gewerkschaften ³	12	13	12	.	.	.	12	14	13	.	.	.	9	9	10	.	.	.
Politisch oder wertgebunden²																		
politische Parteien	3	5	4	.	.	.	2	5	5	.	.	.	7	2	2	.	.	.
Menschenrechtsorganisationen	1	2	2	1	1	1	2	2	2	1	1	1	1	1	1	0	1	0
Naturschutzorganisationen	6	6	6	2	3	3	7	7	6	2	3	3	4	3	3	2	3	2
Bürgerinitiativen	1	1	1	1	1	1	2	1	1	1	2	1	1	0	1	1	1	1
Wohltätigkeitsvereine	10	7	6	5	7	6	11	8	7	5	8	6	6	3	3	3	4	2
Elternorganisationen	4	1	1	3	4	3	4	1	1	3	4	3	3	1	1	2	4	2
Selbsthilfe/Gesundheit	5	2	3	3	3	3	5	2	3	3	3	3	4	2	1	3	3	2
Rentner-, Seniorenvereine	2	1	1	1	2	1	2	1	1	1	2	1	3	1	0	2	2	1
Freizeit																		
Kultur-, Musikvereine	12	4	5	9	8	10	14	5	4	10	8	6	8	1	1	6	7	6
Sportvereine	29	10	9	22	22	25	32	11	10	24	23	26	22	3	4	18	20	19
sonstige Hobbyvereine	10	2	2	8	9	7	11	3	2	8	9	8	9	1	1	8	8	5
Mindestens einmal Mitglied																		
alle gelisteten Organisationen	56	37	37	.	.	.	59	40	40	.	.	.	50	22	24	.	.	.
alle gelisteten, ohne Parteien und Gewerkschaften	50	26	27	39	39	46	53	29	31	40	43	48	43	14	14	34	36	36
- im Vergleich: Jüngere (18–29 Jahre)	47	21	24	40	41	48	48	22	25	41	43	48	45	15	16	37	33	43
- im Vergleich: mit Hochschulabschluss	63	37	30	48	52	58	67	41	32	50	52	60	58	24	19	48	51	49
Freizeitorganisationen	41	14	14	33	33	35	45	16	16	35	34	37	33	5	6	28	29	26

Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit.

¹ In »nur Mitglied« sind aktive und ehrenamtliche Mitgliedschaft nicht enthalten. Daten ergeben, wo erfasst, in der Summe den Mitgliedschaftsanteil.

² Als Interessengruppen gelten Organisationen aus den Kategorien »Arbeit und Wirtschaft« sowie »Politisch oder wertgebunden«.

³ Für 2010 Daten von 2008.

. Nicht erhoben.

Datenbasis: ALLBUS 2008, 2010 und 2014

Vergleich zu denen der politischen Parteien noch moderat aus. Anhand der von den Parteien berichteten Mitgliederzahlen lässt sich nachvollziehen, dass diese innerhalb von zweieinhalb Jahrzehnten etwa eine Million und damit etwa 40% ihrer Mitglieder verloren haben. Während 1990 noch 3,8% der Wahlberechtigten in politischen Parteien organisiert waren, waren es 2018 nicht einmal mehr 2%. ► Abb 5

Nimmt man alle Interessenorganisationen einschließlich Gewerkschaften und politischer Parteien zusammen, sind das drastische Entwicklungen, die die Frage aufwerfen, ob und inwieweit primär auf die politische Interessenvertretung und -vermittlung ausgerichtete Organisationen zukünftig noch in der

Lage sein werden, ihren Beitrag zur politischen Willensbildung und politischen Integration zu leisten.

11.1.3 Zusammenfassung

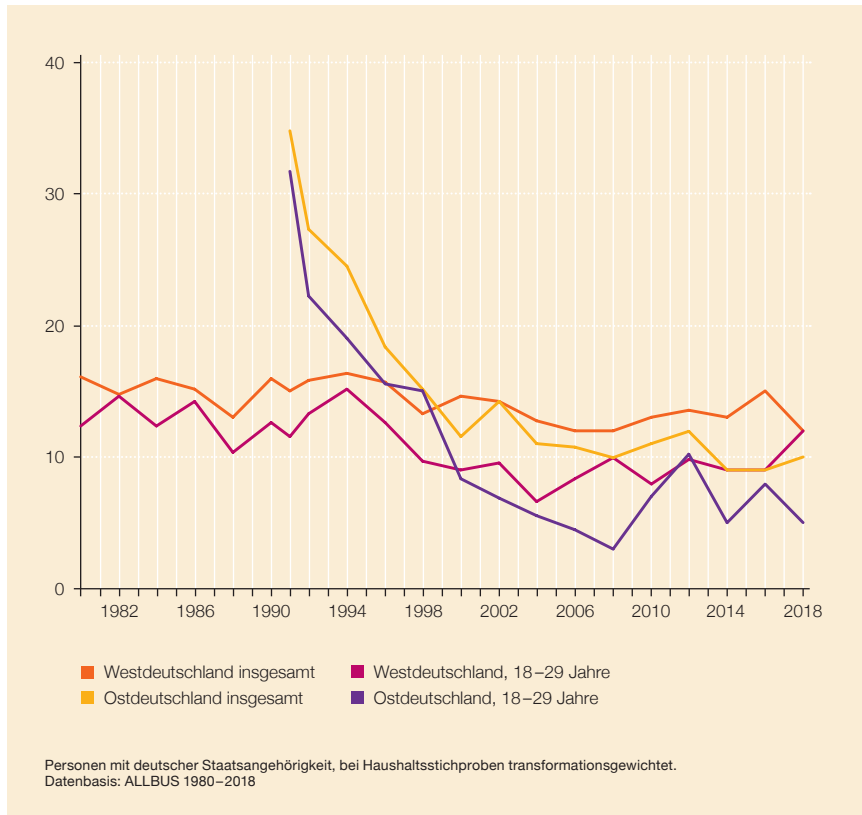
Zusammengefasst verweisen die Ergebnisse einerseits darauf, dass der Grad politischer Integration bezogen auf die traditionellen, organisatorischen Formen der Beteiligung, allen voran Mitgliedschaften in Gewerkschaften und politischen Parteien, in den vergangenen zwei Jahrzehnten deutlich zurückgegangen ist.

Interessengruppen und Parteien verlieren an Mitgliederattraktivität. Andererseits haben nicht institutionalisierte Formen politischer Beteiligung nicht an Bedeutung verloren. Politik spielt für die

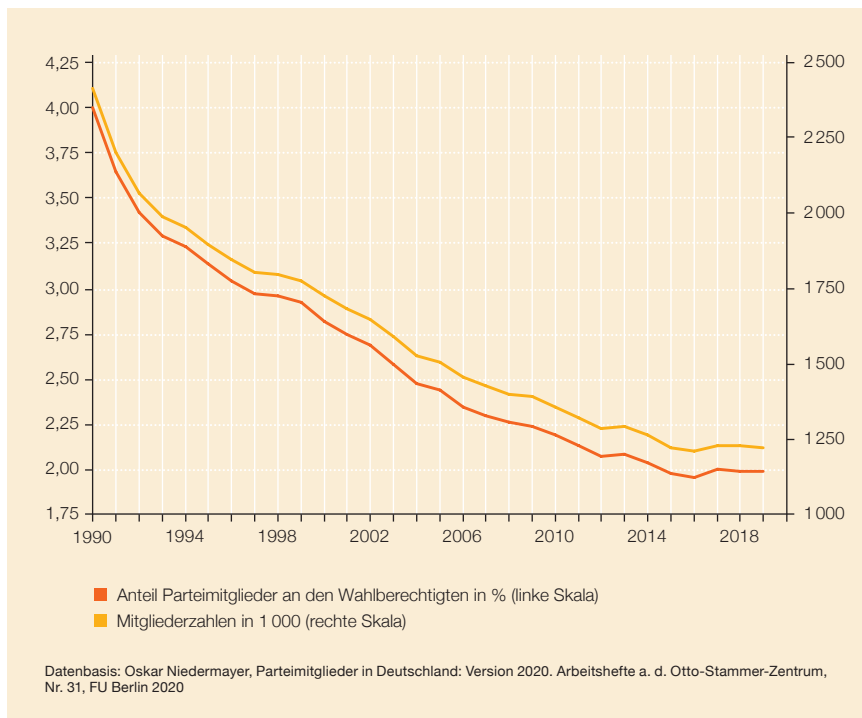
Bürgerinnen und Bürger nach wie vor eine große Rolle, ein vollständiger Rückzug findet nicht statt. Das politische Interesse erreichte in Ost und West sogar einen Höchststand. Unter den nicht institutionalisierten Formen politischer Beteiligung stechen Demonstrationen hervor. Hier spielen soziale Bewegungen oder bewegungsähnliche Organisationsformen wie »Fridays for Future« eine zentrale Rolle.

Dass die Unterschiede zwischen neuen und alten Bundesländern ebenso wie die zwischen Jüngeren und der Gesamtbevölkerung sich vermindern oder sogar ganz zu verschwinden scheinen, ist positiv zu vermerken. Ein negativer Befund ist allerdings, dass Teilhabe und Integration

► **Abb 4 Gewerkschaftsmitgliedschaft 1980–2018 – in Prozent**



► **Abb 5 Parteimitgliedschaft 1990–2019**



in Organisationen und Aktionsformen stark sozial geschichtet sind. Darauf verweisen die beträchtlichen Unterschiede zwischen Bürgerinnen und Bürgern ohne und mit Hochschulabschluss. Zusammengenommen mit dem Befund, dass traditionelle institutionalisierte Formen der Politik und politischen Beteiligung an Attraktivität für die Bürgerinnen und Bürger verlieren und sich das Ausmaß politischer Integration in die institutionalisierte Politik abgeschwächt hat, bleibt es ein Warnsignal für Politik und Gesellschaft.

Da Vereine und Organisationen die Lernzellen für die politische Beteiligung sind, weil in unmittelbarem Gruppenzusammenhang Interessen bestimmt und für die Artikulation aufbereitet werden, ist der Rückgang von Mitgliedschaften in den traditionellen Verbänden und Organisationen nicht unproblematisch. Durch die Coronapandemie sind viele gemeinnützige Einrichtungen, Vereine und Interessenorganisationen in eine Notlage geraten. Dass die Zivilgesellschaft geschwächt aus dieser Krise hervorgehen wird, hat die Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina konstatiert. Ob nicht institutionalisierte Formen der Beteiligung, die einen stark individualistischen Zug haben, das Defizit kollektiver Interessenvermittlung durch geschwächte Organisationen der Zivilgesellschaft werden kompensieren können, ist fraglich.